

PROTOKOLL

über die 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal am 22.07.2014 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:15 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(28 Mitglieder)

Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Torsten Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Karl Stier
Dr. Dirk Schneider

es fehlten: Sven Schäfer - entschuldigt
Erland Kalbhenn - entschuldigt
Lutz Sierach - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Ursula Einhoff
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Herbert Porth
Erhard Reiter

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

TOP

- (1) Mitteilungen
- (2) Zweckverband Regionalpark Niddaradweg
Errichtung einer Brücke über die Wetter
Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 29/2014
aus StVV 23.06.2014
Bericht aus Ausschuss)
- (3) Radweg zwischen Burg-Gräfenrode und
Ilbenstadt - Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 30/2014
aus StVV 23.06.2014
Bericht aus Ausschuss)
- (4) Beschluss der Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen
sowie Beschluss Haushaltssicherungskonzept (Bericht aus HuF)
- (5) Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt
Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 31/2014
aus StVV 23.06.2014
Bericht aus Ausschuss)
- (6) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Umbau Kindergarten Kaichen (Vorlage-Nr. 26/2014
aus StVV 23.06.2014
Bericht aus Ausschuss)
- (7) Schulwegeplan des Wetteraukreis
Stellungnahme der Stadt Niddatal (Bericht aus Ausschuss)
- (8) Baugebiet I 11 "An der Steinkaute" Ilbenstadt
Kaufangebote zur Errichtung einer Tankstelle (Vorlage-Nr. 32/2014)
- (9) Verlängerung des Vertrages Abfallentsorgung (Vorlage-Nr. 33/2014
Bericht aus Ausschuss)
- (10) Grundstück Silzweg 17, Assenheim
Beauftragung der HLG zur Bodenbevorratung (Vorlage-Nr. 34/2014)
- (11) Antrag der CDU-Fraktion
Änderung der Straßenbeitragssatzung (Vorlage-Nr. 35/2014)
- (12) Antrag der CDU-Fraktion
Freie Baugebiete - Werbung (Vorlage-Nr. 36/2014)
- (13) Anfrage der CDU-Fraktion
Sanierung von Brücken (Vorlage-Nr. 06/2014)
- (14) Anfrage der CDU-Fraktion
Mietwohnungen (Vorlage-Nr. 07/2014)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -Teilnehmer und eröffnet die 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 32. Sitzung am 23.06.2014 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung :

Dieter Eisenberg hat mit Hinweis auf die Ausschuss-Sitzung den Antrag zu **TOP 6** "Umbau Kindergarten Kaichen" **zurückgenommen**.

Gerhard Einhoff hat auf die vorerwähnte gemeinsame Ausschuss-Sitzung hingewiesen und mitgeteilt, dass **TOP 5** "Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt" auch von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen** wurde.

TOP

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates :

Baumaßnahme Dachsanierung evang. Kita Schatzkiste

Mit Schreiben vom 22.07.2014 teilt Frau Pfarrerin Rita Mick-Solle mit, dass die Dachsanierung abgeschlossen und auch endabgerechnet ist.

Für alle Beteiligten ist erfreulich, dass die genehmigten Kosten in Höhe von 128.000 Euro unterschritten wurden. Die Maßnahme schließt mit 102.921,92 Euro ab. Somit wurde eine Einsparung von insgesamt 25.078,08 Euro erzielt. Dies bedeutet für die Stadt Niddatal eine Ersparnis von rund 12.500 Euro. Die städtische Kostenbeteiligung beträgt gemäß dem Betriebsstätten-Vertrag 51.460,96 Euro. Da bereits in 2013 15.000 Euro gezahlt wurden, verbleibt die zu zahlende Restsumme von 36.460,96 Euro. - Die evang. Kirchengemeinde Assenheim bedankt sich bei den Gremien der Stadt, dass die Sanierung so erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Zweckverband Regionalpark Niddaradweg

Am Freitag, den 01.08.2014 wird der Ausbauabschnitt der Nidda-Route zwischen Niddatal-Assenheim und Gemarkungsgrenze Nieder-Florstadt eröffnet. Die Veranstaltung findet um 17:00 Uhr statt. Treffpunkt ist die Kläranlage des Abwasserverbandes Horlofftal (Nieder-Florstadt).

Hierzu sind Sie alle recht herzlich eingeladen.

Freigericht Kaichen - Steinerner Tisch

Mit Schreiben vom 05.07.2014 wurde uns von dem Dorfgemeinschaftsverein mitgeteilt, dass auf einer der neu aufgestellten Sitzbänke vier Hakenkreuze und nationalsozialistische Parolen aufgemalt und auf der Platte des Steinernen Tisches ebenfalls ein ca. 50 cm großes Hakenkreuz und eine "Braun-Stumpfe" Parole eingeritzt wurden. Da es sich bei der Tat nicht nur um eine Sachbeschädigung handelt, sondern auch um Volksverhetzung und den Gebrauch verbotener nationalsozialistischer Abbildungen und Symbole, wurde Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Die Hakenkreuze und Parolen wurden mittlerweile beseitigt.

Die Kaicher und Niddataler Bevölkerung wird aufgerufen mitzuhelfen, durch Beobachtungen dem Vandalismus und der Volksverhetzung Einhalt zu gebieten.

Ausschreibung der Maßnahme "Erweiterung und Sanierung Kita Kaichen" und "Sanierung der Trauerhalle Assenheim"

Am 18.07.2014 fanden sie Submissionen statt. Das Ingenieurbüro ist noch dabei, die Ergebnisse auszuwerten. Der Magistrat hofft, dass erste Angaben bis Donnerstag (24.07.2014) vorliegen, um dann die entsprechenden Aufträge erteilen zu können.

(2) Zweckverband Regionalpark Niddaradweg Errichtung einer Brücke über die Wetter Beschlussfassung

Gerhard Einhoff berichtet, dass über diesen Punkt in der gemeinsamen Sitzung BauA und HuF diskutiert wurde. Die danach erfolgte Abstimmung ergab folgendes Ergebnis: 7 Stimmen dafür - 4 Gegen-Stimmen - 2 Enthaltungen = somit positive Beschlussempfehlung.

Der Bürgermeister erläutert hierzu noch: In der Verbandsversammlung wurden auch anstehende Maßnahmen in unserer Stadt thematisiert und die damit verbundenen Probleme erörtert. Man war sich einig, dass nicht alle Projekte in kürzester Zeit erledigt werden können und die Wetter-Brücke zukünftig für die Verkehrssicherheit in unserer Region von Bedeutung wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Empfehlung seine Zustimmung geben möchte: "Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass das Projekt des Zweckverbandes Regionalpark Niddaradweg - Errichtung einer Brücke über die Wetter, im Bereich der Mündung in die Nidda - befürwortet und unterstützt wird".

Ergebnis: 18 Ja- 7 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen = somit beschlossen

(3) Radweg zwischen Burg-Gräfenrode und Ilbenstadt - Beschlussfassung

Gerhard Einhoff berichtet, dass in der gemeinsamen Sitzung BauA und HuF dieser Punkt zur Diskussion stand. Nach eingehender Debatte und Abstimmung wurde mit 2 Gegen-Stimmen und 1 Enthaltung eine positive Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Markus Nikleniewicz erläutert, warum seine Fraktion sich gegen diese Beschlussempfehlung ausgesprochen hat. Er führte Beispiele an, wo ein Straßenausbau und die Errichtung von Fuß- und Radwegen dringend geboten sei.

Michael Hahn macht deutlich, worauf wir unsere Überlegungen richten sollen, um unseren Bürgerinnen und Bürgern, ebenso für die Schulkinder bessere und sichere Verbindungswege zwischen den einzelnen Ortsteilen bieten zu können. Auch sollte man hierbei an das neue Gewerbegebiet denken (plus Zuschuss des Landes Hessen).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte: “Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, vorbehaltlich eines positiven Förderbescheides, gemeinsam mit der Stadt Karben einen Fahrradweg zwischen den Stadtteilen Burg-Gräfenrode und Ilbenstadt zu errichten.“

Ergebnis: 23 Ja- 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit so beschlossen

(4) Beschluss der Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen sowie Beschluss Haushaltssicherungskonzept

Gerhard Einhoff berichtet über den Verlauf der Sitzungen des HuF und teilt die einzelnen Abstimmungsergebnisse mit :

--- ERGEBNISHAUSHALT

Für die Beschlussempfehlung gab es 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung = somit positive Empfehlung.

Dieter Eisenberg bemängelt, dass die Ausweisung der Kosten für „Mäusezahn“ nicht als separate Position erfolgt ist, wie von ihm empfohlen und in der letzten StVV (23.06.2014) ausführlich begründet.

Der Bürgermeister hat hierzu vorgeschlagen, einen Antrag für den Haushaltsbegleitbeschluss zu stellen, um diese Kosten im nächsten Haushalt entsprechend ausweisen zu können.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Ergebnishaushalt** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 21 Ja- 2 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

--- **FINANZHAUSHALT**

Abstimmung im HuF: 9 Ja-Stimmen = einstimmig für die Beschlussempfehlung

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Finanzhaushalt** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja- 1 Nein-Stimme 3 Enthaltungen

--- **INVESTITIONSPROGRAMM**

Hierfür lagen u.a. folgende Anträge vor:

| von B'90 / Die Grünen: | Abstimmung: |
|--|---------------------------|
| a) Fuhrpark -- Reduzierung um 20.000 Euro | 9 Ja-Stimmen = einstimmig |
| b) Feuerwehr-Auto -- Reduzierung um 15.000 Euro (Umwidmung aus Investitionsblock B) | = 5 Ja- 4 Nein-Stimmen |
| c) Verkehrsberuhigung -- Reduzierung auf Null | = 5 Ja- 4 Nein-Stimmen |

Antrag von Bürgermeister Dr. Hertel:

Im Investitionsprogramm sollen die Mittel der vorgenannten Anträge a) b) c) vorerst gesperrt werden. Die Aufhebung der Sperre wird über den HuF erfolgen.

Abstimmung hierzu: 8 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = somit Antrag angenommen.

HuF : Insgesamt wurde dem Investitionsprogramm einstimmig Zustimmung erteilt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Investitionsprogramm** in der so empfohlenen Form seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen

--- **STELLENPLAN :**

Abstimmung im HuF: 5 Ja- 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
somit positive Beschlussempfehlung

Markus Nikleniewicz beantragt für seine Fraktion B'90 / Die Grünen folgende **Änderung im Stellenplan:**

Im Teil B soll aufgenommen werden:

Die 3,3 Stellen der Gruppe 8 unter der Bezeichnung Bürgerbüro werden abgeändert in die bisherige Eingruppierung der Gruppe 6.

Weitere Einzelheiten hierzu hat er später noch mitgeteilt.

Der Bürgermeister gibt folgende Anmerkung:

Wir haben uns sehr wohl Gedanken darüber gemacht, wie die geleistete Arbeit im Bürgerbüro zu werten ist und uns auch bei anderen Kommunen über die Kriterien für die jeweilige Tätigkeit und Entlohnung informiert. Seiner Ansicht nach sei es gerecht, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Lohn erhalten, der ihnen für ihre Tätigkeit auch zusteht.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen wie vorgenannt** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 21 Ja- 6 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Weiter wurde abgestimmt, wer dem **Stellenplan unverändert zu belassen** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 17 Ja- 8 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

--- **HAUSHALTSSATZUNG**

Abstimmung im HuF: 8 Ja-Stimmen 1 Enthaltung
= somit positive Beschlussempfehlung

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der **Haushaltssatzung in der vorliegenden Form** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 5 Enthaltungen = somit so beschlossen

--- **HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT**

Abstimmung im HuF:

PHASE 1 -- 5 Ja- 1 Nein-Stimme 3 Enthaltungen
= somit positive Beschlussempfehlung

PHASE 2 und 3 -- = einstimmig positive Beschlussempfehlung

--- **HAUSHALTSBEGLEITBESCHLUSS des Magistrats**

Abstimmung im HuF: 2 Ja- 5 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
= **somit keine Beschlussempfehlung für den Haushaltsbegleitbeschluss des Magistrats**

- Achim Saßmannshausen hat den Saal verlassen -

Michael Hahn gibt aus Sicht der CDU-Fraktion folgende Erklärung ab :
(auszugsweise)

Das jetzt vorliegende **Haushaltssicherungskonzept** wurde von allen Beteiligten mit sehr viel Mühe und Zeitaufwand erstellt. Vom Magistrat wurde ein Arbeitspapier vorgelegt, das vorher in mehreren HuF-Sitzungen ausführlich diskutiert worden ist. Jede Fraktion hatte dabei Gelegenheit, ihre Standpunkte vorzutragen. Als konkrete Beschlüsse am Ende der langwierigen Diskussionen gefasst wurden, kam das Veto des Bürgermeisters. Er ließ wissen, dass er entgegen dem zuvor erreichten Konsens eine andere Meinung vertreten würde und inzwischen die Verwaltung beauftragt hat, seine Beschlüsse in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen.

Weiter sagt Michael Hahn, es werden sich im Herbst wieder einige Zahlen ändern (offene Jugendarbeit, Bücherei usw.). Wenn wir jetzt entsprechende Änderungen vornehmen und in erneuten Sitzungen beraten, bekommen wir das Haushaltssicherungskonzept dieses Jahr nicht mehr zustande. Also empfehlen wir, dieses Konzept wie im Ausschuss erarbeitet, heute zu beschließen.

**SPD-Änderungsanträge 1 bis 4 zu TOP 4 Haushaltssicherungskonzept
(22.07.2014)**

Stellungnahme der CDU-Fraktion - vorgetragen von Michael Hahn :
(auszugsweise)

Jugendpflege:

Der Vertrag wurde zum 31.12.2014 gekündigt. Nach dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzept stehen ab 2015 keine städtischen Mittel mehr zur Verfügung. Das ist jetzt die Gesprächsbasis für die anstehenden Verhandlungen mit dem Dekanat, das an einer weiteren Fortsetzung der Jugendpflege um jeden Preis nicht mehr interessiert ist. Von Seiten der Stadt möchte man die Zusammenarbeit jedoch fortführen und dafür auch weitere Zuschüsse in Aussicht stellen. -- Unsere Position sollte aber sein, zunächst die Vorstellungen und Erwartungen abzugleichen.

Bücherei:

Die Einstellung von Kosten für eine halbe hauptamtliche Stelle ist derzeit ein falsches Signal. Warum sollte sich ein Förderverein mit ehrenamtlicher Arbeit gründen, wenn schon eine hauptamtliche Kraft dafür zur Verfügung steht ?

Interkommunale Zusammenarbeit:

Hier sollte abgewartet werden, welche Perspektiven sich auftun. -- Man kann später immer noch überlegen, wie man ehrenamtliche Aktivitäten unterstützen möchte.

Betreuungsschule:

Zum einen klagen wir gegen den Wetteraukreis, die Kosten für die Betreuungsschule in Assenheim zu übernehmen und wollen gleichzeitig die Kindergartengebühren erhöhen. -- In diesem Zusammenhang ist es schwer zu vermitteln, dass wir bei einer Pflichtaufgabe die Gebühren erhöhen und dann wiederum freiwillige Aufgaben weiterhin in gleicher Höhe bezuschussen. -- Wir wollen damit die Betreuungsschule nicht in Frage stellen. Aber über die Art der Unterstützung muss im Einzelfall noch geredet werden.

Seniorenveranstaltungen:

Der Ausschuss ist der Empfehlung des Magistrates gefolgt, Veranstaltungen für Senioren kostendeckend anzubieten. Hier muss der Magistrat ein entsprechendes Angebot unterbreiten und dabei die finanzielle Situation der Senioren angemessen berücksichtigen.

Wir wünschen uns natürlich, die freiwilligen Leistungen auf dem jetzigen Niveau beibehalten bzw. vielleicht noch aufstocken zu können. Dazu müssten aber auch Vorschläge gemacht werden, wie das weiter finanziert werden soll. Noch höhere Steuern und noch höhere Gebühren als geplant ??

Diese Fragen und Probleme werden uns noch viele Jahre beschäftigen. Wir müssen also heute schon anfangen, Zukunftsperspektiven zu erarbeiten, die unsere Stadt handlungsfähiger macht.

Andreas Momberger beantragt, dass die mit Datum 22.07.2014 vorgelegten **vier Änderungsanträge der SPD zu TOP 4** jeweils getrennt zur Abstimmung gestellt werden. Anschließend sollen sie im Haushaltskonsolidierungskonzept eingebracht werden.

Er hat noch zu den Ausführungen der CDU-Fraktion zum Änderungsantrag 4 (Jugendpflege und Jugendzentren) angemerkt, dass Achim Saßmannshausen im Vorfeld keine Gelegenheit mehr hatte, den aktuellen Sachverhalt in dem Antrag zu berücksichtigen.

- Achim Saßmannshausen nimmt wieder an der Sitzung teil -

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt wie vorgenannt beantragt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte zu:

Änderungsantrag 1 zu TOP 4

Die Position Bücherei im vorliegenden Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes wird folgendermaßen geändert:

- Verringerung der Sachaufwände wird gestrichen
- Die Einsparungen Personalaufwand werden ab 2018 auf 10.000 Euro gesetzt

Ergebnis: 8 Ja- 18 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Änderungsantrag 2 zu TOP 4

Die Position Seniorenveranstaltungen im vorliegenden Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes wird folgendermaßen geändert:

- Reduzierung der Position in 2015 um 5.000 Euro bezogen auf Ausgangswert 2014
- Reduzierung der Position ab 2016 um 7.500 Euro bezogen auf Ausgangswert 2014

Ergebnis: 8 Ja- 20 Nein-Stimmen

Änderungsantrag 3 zu TOP 4

Die Position Zuschüsse Betreuungsschule und Hausaufgabenhilfe im vorliegenden Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes wird folgendermaßen geändert:

- Reduzierung der Position in 2015 um 5.000 Euro bezogen auf Ausgangswert 2014

Ergebnis: 8 Ja- 19 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

- Abstimmung ohne Achim Saßmannshausen -

Änderungsantrag 4 zu TOP 4

Die Position Zuschuss Jugendpflege und Unterhaltung Jugendzentren im vorliegenden Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes wird auf ein Einsparpotential von 25.000 Euro reduziert

Ergebnis: 7 Ja- 17 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat seine Bedenken darüber geäußert, dass wir uns offen halten, in dem zu beschließenden Haushaltssicherungskonzept später nach neuen Erkenntnissen wieder Änderungen einbringen zu können. Wie soll man so ein Konzept der Kommunalaufsicht gegenüber vertreten und erklären, wenn heute schon an Korrekturen von morgen gedacht wird ?

Was die Zukunft unserer Stadt angeht, so werden die sozialen Aspekte vernachlässigt, wie dies oft auch bei anderen Kommunen der Fall ist und dafür öffentliche Projekte vordergründig thematisiert. Ihm sei bewusst, dass die städtische Handlungsfähigkeit immer schwieriger wird und wir großen Herausforderungen ausgesetzt sind und weiterhin auch werden.

Außerdem weist er darauf hin, dass in der Zahlenaufstellung aus dem HuF Beträge fehlen (Zinsen und Tilgungen usw.), die in der Gesamtaufstellung eine positivere Bilanz ausweisen würden.

Gerhard Einhoff entgegnet zu den Ausführungen des Bürgermeisters :
Er bezieht sich auf die letzten vier Sitzungen im HuF und führt chronologisch auf, welche Übereinkünfte jeweils getroffen wurden und wie sich dadurch die Beschlussfassung für das Konsolidierungspapier aufgebaut hat. Weiter weist er auf Versäumnisse in der Vergangenheit hin, wo damals schon mehr "Potential" hätte generiert werden müssen.

Der Erste Stadtrat Kurt Meisinger gibt folgende Anmerkung zum Protokoll :
Die letzte Vorlage im HuF sei nicht in Übereinstimmung mit dem Magistrat erstellt worden, sondern komme nur vom Bürgermeister selbst.

- Abstimmung ohne Achim Saßmannshausen -

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Haushaltssicherungskonzept in der vorlegten Form** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 18 Ja- 8 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

--- HAUSHALTSBEGLEITBESCHLUSS

Der Bürgermeister teilt mit: Für seine abgeänderte Version möchte er eine erneute Abstimmung beantragen. Es handelt sich hierbei um den **1. und 3. Absatz** aus dem "Begleitbeschluss der StVV zum Haushaltssicherungskonzept", die als Textvorlage in dem **Haushaltsbegleitbeschluss aufgenommen werden sollen:**

1. Absatz

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der sog. Herbstlerlass der Stadt Niddatal das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen entzieht. Er führt zu einer Strangulierung des öffentlichen städtischen Lebens. Man kann nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt Geld und Abgaben verlangen, ohne etwas zu bieten.

3. Absatz

Bei objektiver Betrachtung der Struktur des Haushalts der Stadt Niddatal fehlt es dieser an einer sach- und bedarfsgerechten Finanzausstattung durch das Land in Bezug auf die Kinderbetreuung und die hinzukommenden neuen Aufgaben. Außerdem ist der Höchststand der Kreisumlage für den Haushalt der Stadt Niddatal eine unerträgliche Belastung und aufgrund der Undefinierbarkeit der Umlage, auch eine Ausgabe, die sich der Haushalt der Stadt Niddatal nicht dauerhaft erlauben und rechtfertigen kann. Es handelt sich mit der Schulumlage um die höchste Ausgabenposition. Danach erst folgen die Personalkosten und dann der sächliche Aufwand.

Hier sind nochmals Gründe genannt, warum die Finanzsituation nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Städten und Gemeinden so desolat ist und man sollte sich nicht scheuen, diese Gründe auch öffentlich zu benennen

Dr. Dirk Schneider sagt, der zitierte Herbstlerlass weist auf die Gesetzeslage hin, die seit Jahren besteht, die aber von uns kontinuierlich missachtet wird. Ihm fällt auf, dass Niddatal ein erhebliches Defizit an Gewerbesteuern hat. Es ist in der Tat schwierig, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, aber dennoch nicht unmöglich. Er habe Bedenken, welche Auswirkungen eine Pressemitteilung über solch einen Begleitbeschluss haben könnte und von daher sei eine Beschlussfassung nicht ratsam.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **vorgetragenen geänderten Begleitbeschluss** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 8 Ja- 15 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

Weiter wird abgestimmt, wer dem **Haushaltsbegleitbeschluss ohne Änderung** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 8 Ja- 14 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen

(5) Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt Beschlussfassung

Gerhard Einhoff berichtet, dass dieser Punkt in der letzten gemeinsamen Sitzung BauA und HuF auf der Tagesordnung stand. Nach kurzer Diskussion hat Herr Eisenberg seinen Antrag zurückgezogen.

Der Bürgermeister erwähnt die noch offen gebliebenen Fragen in dieser Sitzung. Er habe sich zwischenzeitlich mit der VGO in Verbindung gesetzt und zu diesem Fragenkomplex eine schriftliche Stellungnahme erhalten. Den Inhalt dieses Schreibens hat er der StVV mitgeteilt.

Hans-Joachim Mücke hat als Anwohner der Kurt-Schumacher-Straße darauf hingewiesen, dass es in den Wintermonaten in dem Steilstück dieser Straße zu Problemen kommen kann = Glätte durch Eis und Schnee, da der Räumdienst nicht immer rechtzeitig für Abhilfe sorgen kann. Außerdem macht er noch einmal darauf aufmerksam, dass die Straßenbeschaffenheit nicht für schwere Fahrzeuge (wie auch Busverkehr) geeignet sei.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Beschlussfassung seine Zustimmung geben möchte: Die StVV beschließt, dass der Bus eine kleine Schleife von der K 241 über den Florstädter Weg, ein Teilstück der Sternbacher Straße und den Viehweg zurück auf die Assenheimer Straße fahren kann. Damit ist es nicht mehr notwendig, dass auf der Erbstädter Straße gewendet wird.

Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 4 Enthaltungen = so beschlossen

**(6) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Umbau Kindergarten Kaichen**

- wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite 3

**(7) Schulwegeplan des Wetteraukreis
Stellungnahme der Stadt Niddatal**

Gerhard Einhoff teilt mit, dass über diesen Punkt im Ausschuss diskutiert wurde. Bürgermeister Dr. Hertel hat den vorliegenden Schriftwechsel vorgetragen. Die Ausschussmitglieder haben inhaltlich den darin geschilderten Unzulänglichkeiten und Argumenten beigeplichtet.

Der Bürgermeister hat sich hierzu noch einmal wie folgt geäußert:
Die Reaktionen der Eltern seien inzwischen so vielfältig gewesen, dass er sich mit Schreiben vom 17.07.2014 (wurde vorgelesen) an den Kreisausschuss, Landrat Arnold und den Ersten Kreisbeigeordneten Betschel-Pflügel gewandt und die Probleme der Schulwege im Bereich Niddatal deutlich gemacht hat. Man möge sich dieser Sache annehmen und eine Entscheidungsfindung vor dem Kreistag herbeiführen.

Dieter Eisenberg hat neben Einzelheiten zur Schulwege-Beförderung auch noch mitgeteilt, dass ein Widerspruch bei einem ablehnenden Bescheid eine aufschiebende Wirkung haben könnte.

Nachdem Oliver Herbert auf den von der CDU gestellten Antrag vor dem Kreistag (23.07.2014) hingewiesen hat, erklärt der Bürgermeister, dass er seine bereits schriftlich dargelegte Position auch vor dem Kreistag vertreten würde.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass im Ausschuss bereits volle Zustimmung erteilt wurde und er dennoch die Frage stellt, ob sich hierzu Widerspruch erhebt? Es gab keinen Einwand.

Pause : von 21:35 bis 21:45 Uhr

**(8) Baugebiet I 11 "An der Steinkaute" Ilbenstadt
Kaufangebote zur Errichtung einer Tankstelle**

Gerhard Einhoff berichtet, dass über diesen Punkt im HuF beraten wurde. Nach eingehender Diskussion und anschließender Abstimmung wurde entschieden, den Magistrat zu beauftragen, **der Herecon Projekt GmbH, Prien am Chiemsee**, den Zuschlag zu erteilen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über folgenden **Beschlussvorschlag abstimmen**, wer dem seine Zustimmung erteilen möchte:

Die StVV beschließt, dass das im Baugebiet I 11 "An der Steinkaute" gelegene und für die Errichtung einer Tankstelle vorgesehene Grundstück an die **Herecon Projekt GmbH, Prien am Chiemsee**, verkauft werden soll. Die HLG wird beauftragt, den Kaufvertrag über 3.000 qm für 180 Euro pro qm und weitere 1.500 qm für 150 Euro pro qm, insgesamt 4.500 qm zu einem Kaufpreis von 765.000 Euro abzuschließen.

Im Kaufvertrag ist zu vereinbaren, dass innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Kaufvertrages der Bauantrag auf Errichtung einer Tankstelle einzureichen ist und spätestens sechs Monate nach Vorliegen der Baugenehmigung mit dem Bau der Tankstelle begonnen werden muss.

Ergebnis: 23 Ja- 2 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen 1 Nichtbeteiligung

(9) Verlängerung des bestehenden Vertrages Abfallentsorgung

Gerhard Einhoff berichtet, dass nach eingehender Beratung im HuF anschließend der Magistratsvorlage einstimmig zugestimmt wurde.

Der Bürgermeister hat erläutert: Da wir zukünftig weiter mit steigenden Gebühren bei der Abfallentsorgung rechnen müssen, möchte man die angebotene Option einer Vertragsverlängerung in Anspruch nehmen, d.h. die bestehenden Verträge um weitere zwei Jahre verlängern.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte: Die StVV beschließt, für die zwischen der "Arbeitsgemeinschaft Abfallwirtschaft Wetterau" und den Entsorgungsunternehmen geschlossenen Verträgen die Verlängerungsoption zu ziehen. Damit sind die Verträge um zwei Jahre länger gültig.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(10) Grundstück Silzweg 17, Assenheim Beauftragung der HLG zur Bodenbevorratung

Bürgermeister Dr. Hertel geht kurz auf die heutige Tischvorlage ein und erklärt, warum der Kaufpreis für dieses Grundstück inzwischen auf 290.000 Euro erhöht und worüber im Ausschuss auch Einigung erzielt wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte: Die StVV beschließt, die bestehende Bodenbevorratungsvereinbarung zu ergänzen und die HLG mit dem Erwerb des Grundstücks Silzweg 17, Stadtteil Assenheim, zu beauftragen. Der Erhöhung des Kaufpreises um 10.000 Euro auf 290.000 Euro für 3.092 qm soll zugestimmt werden.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(11) Antrag der CDU-Fraktion Änderung der Straßenbeitragssatzung

Michael Hahn sieht noch Klärungsbedarf bei einigen Fragestellungen in dem Antrag und möchte daher die Überweisung in den HuF und BauA.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der beantragten Überweisung in den HuF und BauA seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen = somit überwiesen

**(12) Antrag der CDU-Fraktion
Freie Baugebiete - Werbung**

Michael Hahn verweist auf die ausführliche Begründung seines Antrages. Andere Gemeinden in unserer Region würden sich in ihrer Darstellung auf der eigenen Homepage sehr gut präsentieren. Er vermisse für Niddatal mehr Werbung in eigener Sache (Baugebiete, Gewerbegebiete usw.).

Der Bürgermeister erinnert, dass Niddatal sehr wohl auf ihrer Homepage mit ihrem aktuellen Baugebiet präsent ist. Bei dem Gewerbegebiet sei man deshalb noch zurückhaltend, weil die Erschließung noch andauere und technische Probleme erst gelöst werden müssen.

Achim Saßmannshausen stellt in diesem Zusammenhang die Frage, welche Vorstellungen wir denn für eine Pressearbeit haben? Er möchte diesen Antrag zur weiteren Erörterung in den BauA und HuF überweisen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Überweisung in den BauA und HuF seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme = somit so beschlossen

**(13) Anfrage der CDU-Fraktion
Sanierung von Brücken**

Bürgermeister Dr. Hertel hat die gewünschten Auskünfte wie folgt mitgeteilt:

1) Wie ist der Zustand der Brücken im Stadtgebiet Niddatals?

Antwort:

Der Zustand der Brücken wird in 2015 mit der gesetzlich vorgeschriebenen Hauptuntersuchung nach DIN 1076 wieder festgestellt. Sicher ist, dass sowohl für die Brücke an der Hintergasse, als auch für den Schulsteg Sanierungsbedarf besteht. Bisher wurde der aktuelle Zustand der Schulstegbrücke regelmäßig mehrfach im Jahr durch ein Fachbüro kontrolliert.

2) Gibt es hier Investitionsbedarf? Wenn ja, wie dringend?

Antwort:

Die Maßnahme Schulsteg muss zwingend in 2014/15 durchgeführt werden. Im Zuge dieser Maßnahme soll ebenfalls die Hintergassenbrücke saniert (oder erneuert) werden. Für die restlichen Brücken wird der konkrete Investitionsbedarf im Rahmen der Brückenprüfung in 2015 ermittelt.

3) Wenn ja, wann?

Antwort: Siehe Antwort 2

4) Wenn nein, hat der Magistrat die Planungen schon abgesegnet und wann sollen die Sanierungsarbeiten und/oder Neubauten begonnen werden?

Antwort: Entfällt

5) *Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Brücke am Schulsteg ?*

Antwort:

Ein Brückenneubau des Schulstegs steht in 2015 an. Da während der Bauphase die Überquerung der Nidda für Schüler und Besucher der Märkte gewährleistet bleiben muss und eine Behelfsbrücke für die Bauzeit mit Kosten von rd. 30.000 Euro angesetzt werden muss, wurde nach einer Alternative gesucht. Diese besteht darin, die vorhandene Straßenbrücke der L 3187 mit einem einseitigen Fußweg, ausgehend von der Bushaltestelle am Schulsteg, umzurüsten.

Hierzu wurden mehrere Gespräche mit Hessen Mobil und der Straßenverkehrsbehörde des Kreises geführt. Die Planung sieht vor, von der Bushaltestelle am Schulsteg einen Gehweg bis zur Brücke und nach der Brücke eine Rampe bis zum bestehenden Niddaweg auszubauen. Die Leitplanken auf der Brücke werden dann abgebaut und durch andere Schutzeinrichtungen ersetzt. Zur Zeit werden Kosten ermittelt und eine Vorplanung als Grundlage für die Gespräche mit den Brückenplanern von Hessen Mobil erstellt. (Die voraussichtlichen Kosten für die Maßnahme einschl. Ingenieurleistung belaufen sich nach ersten Schätzungen auf ca. 50.000 Euro). Es handelt sich hierbei dann um eine dauerhafte Einrichtung. Der Schulsteg selbst könnte dann vorerst komplett geschlossen werden.

6) *Können hier die Stadtwerke eine entsprechende Auskunft geben ?
(Speziell zum Schulsteg, da hier ja eine Versorgungsleitung an der Brücke verbaut ist)*

Antwort:

Wird der Fußgängerverkehr wie zuvor beschrieben über die vorhandene Niddabrücke der L 3187 geleitet, kann der Schulsteg gesperrt und evtl. durch eine Rohrbrücke ersetzt werden.

(14) Anfrage der CDU-Fraktion Mietwohnungen der Stadt Niddatal

1) *Wie viele Wohnungen besitzt die Stadt Niddatal ?*

Antwort: Insgesamt 37 Wohnungen:

| | | | |
|---------------------------|------------------|--------------|-------------|
| Am Viehtrieb 1 | Baujahr ca. 1961 | mit Heizung | 3 Wohnungen |
| Bahnhofstraße 22 | Baujahr ca. 1954 | ohne Heizung | 6 Wohnungen |
| Hauptstraße 5/10 | Baujahr ca. 1910 | mit Heizung | 4 Wohnungen |
| Gutenbergstraße 1 | Baujahr ca. 1957 | ohne Heizung | 6 Wohnungen |
| In den Helgengärten 10-12 | Baujahr ca. 1950 | ohne Heizung | 6 Wohnungen |
| Mühlgasse 4 | Baujahr ca. 1898 | mit Heizung | 7 Wohnungen |
| Brunnenstraße 6 | Baujahr ca. 1902 | mit Heizung | 2 Wohnungen |

2) *Wie hoch ist die Miete pro qm in den einzelnen Wohnungen ?*

Antwort:

Die Mietpreise je qm betragen bei aktuellen Neuvermietungen zur Zeit:

| | |
|-------------------------------|-----------------|
| für eine Wohnung mit Heizung | 5,50 Euro je qm |
| für eine Wohnung ohne Heizung | 4,50 Euro je qm |

3) *Wie viele Wohnungen sind vermietet ?*

Antwort: Insgesamt 27 Wohnungen

4) *Sind Wohnungen zu nicht Wohnzwecken vermietet ?*

Antwort:

Insgesamt sind 10 Wohnungen nicht für Miet- oder Wohnzwecke vermietet:

| | | |
|---------------------------|-------------|---|
| Bahnhofstraße 22 | 2 Wohnungen | 1 x Leerstand für künftige Unterbringung von Flüchtlingen / 1 x Nabu |
| Hauptstraße 5/10 | 1 Wohnung | - Jugendpflege und Sitzungsraum |
| Gutenbergstraße 1 | 2 Wohnungen | Leerstand für künftige Unterbringung von Flüchtlingen |
| In den Helgengärten 10-12 | 1 Wohnung | ehem. Verwaltungsstelle, jetzt Nutzung als Archivraum |
| Brunnenstraße 6 | 3 Wohnungen | kompletter Leerstand für Gebäudesanierung |
| Südstraße 14 | 2 Wohnungen | Leerstand für aktuelle Unterbringung Flüchtlinge plus 1 Zusatzraum |

5) *Wie viele Wohnungen für Obdachlose muss die Stadt Niddatal vorhalten ?*

Antwort:

Das Problem zur Unterbringung von Obdachlosen entsteht in der Regel erst kurzfristig bei Räumungsklagen, die die Stadt zur Unterbringung der in Not geratenen Personen verpflichtet. In der Vergangenheit wurden bisher für diesen Zweck ein bis zwei Wohnungen freigehalten.

Aktuell ist dies nicht mehr möglich, da uns der Wetteraukreis, ebenfalls im Rahmen der Obdachlosenunterbringung, zur Unterbringung von Flüchtlingen verpflichtet hat. Ab dem Jahr 2014 müssen wir halbjährlich ca. 21 Flüchtlinge unterbringen. Nach einer Prognose des Wetteraukreises (Fachstelle Migration) könnte die Zuweisung zur Unterbringung von Flüchtlingen noch die nächsten 5 Jahre andauern. Bis zum Jahre 2019 sind von der Stadt Niddatal, unter der Voraussetzung, dass die Zuteilungsquote des Wetteraukreises nicht erhöht wird, 210 Flüchtlinge unterzubringen.

Selbstverständlich stellen diese Flüchtlinge auch Anträge auf Asyl. Wenn diesen Anträgen stattgegeben wird, könnten diese Personen wieder ausziehen; wenn sie aber dann keinen neuen Wohnraum finden, gelten sie als Obdachlos und müssten hier wieder aufgenommen werden.

6) *Wie ist der Zustand der Wohnungen ?*

Antwort:

Der Zustand der Wohnhäuser entspricht dem Baujahr (vgl. Antwort zu Frage 1).

Grundsätzlich besteht bei jeder Wohnung nach Auszug Sanierungs- bzw.

Renovierungsbedarf. Beispiel: Einbau / Modernisierung Heizung, Einbau / Modernisierung Bad usw.

7) *Wann wurden die Mieten zuletzt dem gestiegenen Mietpreisspiegel im Wetteraukreis angepasst ?*

Antwort:

Es gibt keinen Mietpreisspiegel für den Wetteraukreis. Die Mietpreise wurden zuletzt ca. 2007 erhöht.

8) *Wurden eventuell Mieten reduziert ?*

Antwort:

Zu unseren Mietern zählen überwiegend einkommensschwache Personen / Familien, Obdachlose, Langzeitarbeitslose bzw. Hartz IV-Empfänger. Das Jobcenter des Wetteraukreises übernimmt die Kosten für Miete nur nach einem eigens, intern festgelegten Mietpreisschlüssel (nach Personen und Quadratmeter). Aufgrund ständig steigender Nebenkosten (Strom, Heizöl usw.) geraten unsere Mieter häufig in Zahlungsnot.

Aktuell wurden bei drei Wohnungen (Mühlgasse 4) die Mietpreise von 5,50 Euro / qm auf 4,00 Euro / qm gesenkt, da absehbar war, dass das Jobcenter die Mietkosten nicht in voller Höhe übernehmen wird.

9) *Werden Wohnungen für freiwillige Leistungen genutzt ?*

Antwort: Ja

10) *Wie ist die Zahlungsmoral der Mieter ?*

Antwort:

16 der aktuellen Mieter haben keine Rückstände bei der Stadtkasse. Solange die Mieter liquide sind, ist die Zahlungsmoral gut, ansonsten schlecht.

11) *Wie hoch sind die Außenstände bezüglich dieser Wohnungen von den Mietern an die Stadt Niddatal ?*

Antwort:

Nach Auskunft der Stadtkasse betragen die Rückstände aktuell 35.305,44 Euro.

Darunter sind auch Rückstände von ehemaligen Mietern und ehemaligen obdachlosen Personen.

Teilweise wurden Ratenzahlungen zur Tilgung der Rückstände vereinbart, oder die Rückstände befinden sich im gesetzlichen Mahnverfahren.

Nach diesem umfangreichen Programm war das für heute Abend der letzte Tagesordnungspunkt und der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann hat um 22:15 Uhr die Sitzung für beendet erklärt.

Er bedankt sich wieder für die rege und engagierte Mitarbeit und wünscht den Damen und Herren einen guten Nachhauseweg sowie schöne und erholsame Ferien.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin

